

Friedensbildung und Friedenspolitik

Friedenspädagogische Positionen zum Verhältnis Schule und Bundeswehr

Die Kooperationsvereinbarungen zwischen den Schulministerien der Bundesländer Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Saarland und der Bundeswehr stören den Frieden in der Schule.

Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule wird verletzt, wenn Vertreter der Bundeswehr, die zum Töten und Zerstören ausgebildet wurden, einen Teil der politischen Bildung in den Schulen übernehmen sollen. Von Berichten über aktuelle Kriegserlebnisse soll unsere Jugend verschont bleiben (vgl. Schulze von Gläßer 2010).

Vielmehr soll die Jugend, so wird beispielsweise in § 2 des Schulgesetzes NRW verlangt, »erzogen werden ... zur Friedensgesinnung«.

Daraus folgt, dass Vertreter der Bundeswehr aus den Schulen ferngehalten werden müssen. Die Kooperationsvereinbarungen werden als Instrumente zur Verbreitung kultureller Gewalt in der Schule wahr genommen. Als kulturelle Gewalt werden Maßnahmen bezeichnet, die direkte Gewalt handlungen (z.B. Krieg) oder strukturelle Gewalt (z.B. Armut) als notwendig oder angemessen legitimieren. Das Denken in militärischen und kriegerischen Kategorien gehört nicht in die Köpfe von Kindern und Jugendlichen und verbietet sich als Ziel für Bildungs- und Lernprozesse.

Zwischenbilanz: Die Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden wollen mit den Schulministerien Verhandlungen aufnehmen mit dem Ziel, dass die Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr aufgehoben werden.

■ Friedensbildung statt Wehrkunde

Friedensbildung und die Umsetzung eines friedenspädagogischen Programms in den Schulen bedürfen keiner zusätzlichen Vereinbarungen. Deshalb wird den Vorstellungen, es müsse eine ähnliche Vereinbarung zwischen dem Schulministerium und der Friedensbewegung angestrebt werden, eine klare Absage erteilt.

Friedensbildung in den Schulen kann und soll nicht von oben verordnet werden. Als Bewegung von unten bringt sie in den Bildungseinrichtungen den Friedenswillen der Bevölkerung zum Ausdruck und unterstützt Initiativen für Frieden und Gerechtigkeit, die sich innerhalb und außerhalb der Schulen zusammenfinden (vgl. Fuchs/Sommer 2010).

In der Friedenspädagogik wird heute der Begriff »Friedensbildung« an Stelle von »Friedensziehung« bevorzugt, weil mit »Friedensbildung« die Offenheit und die Vielfältigkeit des Aneignungsprozesses von Friedenskompetenzen besser ausgedrückt werden können. Unverändert bleibt das Ziel der Friedenspädagogik: Dazu beizutragen, dass den Menschen ein friedliches und glückliches Leben in der Gemeinschaft mit anderen gelingen könne (vgl. Calließ/Lob 1987).

Die Wehrkunde-Vereinbarung zwischen dem Schulministerium und der Bundeswehr erhebt gar nicht erst den Anspruch, einen Beitrag zur Friedensbildung leisten zu wollen. Frieden kommt nur als »Friedenssicherung« vor. Über das Thema »Sicherheitspolitik« soll den Soldaten der Bundeswehr der Zutritt zu den Schulen verschafft werden, als sei die Sicherheit in einer Gesellschaft und in der Welt in erster Linie eine Frage des Militärischen.

So gesehen begegnet uns mit der Kooperationsvereinbarung erneut das Konzept einer Wehrkunde in der Schule, das seit der Gründung der Bundeswehr (1956) immer wieder nach einer Verwirklichung drängte.

Unter Wehrkunde wird »die militärische Durchdringung des Bildungswesens mit dem Ziel, die bestehenden Bildungseinrichtungen als Instrument ideologisch-politischer Manipulation der jungen Generation zu nutzen« (Kerbst/Witt 1984), verstanden.

Nach dem Willen der drei Landesregierungen ist damit der Bildungsbereich zum Gegenstand militaristischer Planung und Politik geworden. Das ist nicht neu:

Schon 1958 stellte Generalinspekteur Adolf Heusinger einen breiten Widerstand in der Bevölkerung gegen die Bundeswehr fest. Heusinger, als hoher Militär des Nazi-Regimes vorbelastet, bemühte sich um die Traditionsbildung in der Bundeswehr, deren Auswirkungen als Gewaltkultur mit völkisch-militaristischen Elementen bei der Gebirgsjägertruppe beobachtet werden können (vgl. VVN-BdA 2009).

1971 kam die Schulschelte des Verteidigungsministers Helmut Schmidt: »An manchen Schulen scheint es zum guten Ton zu gehören, den Wehrdienst zu verweigern oder zu umgehen« (Kerbst/Witt 1984).

1972 folgte die Schulschelte von Verteidigungsministers Georg Leber: »... wenn ganze Abiturklas-

sen sich entschließen, den Wehrdienst zu verweigern, dann muss das auch an der Lustlosigkeit der Lehrer liegen« (Kerbst/Witt 1984).

Im Wehrkunde-Erlass für die Schulen in Baden-Württemberg aus dem Jahre 1973 heißt es: »Die Aufgaben der Bundeswehr sind so verständlich zu machen, dass sie von den Schülern als notwendig erkannt werden. Die Jugendoffiziere sind geeignet, sachkundige Informationen zu Fragen der Landesverteidigung zu erteilen und können im Rahmen des Unterrichts herangezogen werden« (Kerbst/Witt 1984).

Zwischenbilanz: Die Wehrkunde, die die Bundeswehr vermitteln soll, kann an den Schulen nicht durchgesetzt werden, wenn Lehrerinnen und Lehrer zur Friedensbildung beitragen.

Die Friedensbildung ist die wichtigste Aufgabe der Schule. Sie richtet sich nach innen (in die Schule) und nach außen (in die Gesellschaft) und verwirklicht sich als Aufklärung und Aktion für Frieden und Gerechtigkeit.

Friedensbildung ist sowohl ein Teil der Allgemeinbildung als auch ein Bestandteil der politischen Bildung. Friedensbildung bleibt der Aufklärung verpflichtet. Sie befähigt zur Kritik und zum gewaltfreien Widerstand gegen Unfrieden und Ungerechtigkeit (vgl. Arnold 2004).

Der Frieden mit friedlichen Mitteln und die Gewaltfreiheit sind die Stärken der Friedensbewegung. Es ist ihre Aufgabe, Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern sowie den weiteren Beteiligten an der Schule etwas davon weiterzugeben.

»Frieden ist eine revolutionäre Idee; dass der Frieden mit friedlichen Mitteln erreicht werden soll, definiert diese Revolution als gewaltfrei. Sie findet immer statt; unsere Aufgabe ist es, ihren Umfang und ihr Gebiet zu vergrößern. Die Aufgaben sind unermesslich; die Frage ist, ob wir ihnen gewachsen sind.« (Galtung 2003)

Zwischenbilanz: Die Idee, den Frieden mit friedlichen Mitteln zu schaffen, erobert die Herzen der Schülerinnen und Schüler.

■ Friedenspolitik statt Krieg und Kolonialismus

Friedensbildung in der Schule gedeiht in einer friedlichen Umwelt am besten. Friedensbildung bedarf der Unterstützung durch eine aktive Friedenspolitik des demokratischen Staates, der die Menschenrechte und die Völkerrechte achtet und ihnen nach außen und nach innen Geltung verschafft.

Eine Friedenspolitik steht in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen, die ausdrücklich vorsieht, dass alle Staaten ihre internatio-

nen Streitigkeiten ausschließlich durch friedliche Mittel beizulegen haben.

Die Bundesrepublik Deutschland und andere europäische Staaten haben sich dem Kriegskurs der USA angeschlossen. Gemeinsam führen sie den Krieg gegen den Terrorismus, töten und zerstören und schrecken auch vor Kriegsverbrechen nicht zurück.

Die Bundeswehr wurde von Regierung und Parlament beauftragt, Deutschlands Macht- und Wirtschaftsinteressen am Hindukusch gegen die Rechte des afghanischen Volkes mit militärischer Gewalt zu verteidigen bzw. durchzusetzen. Über die Grundgesetzwidrigkeit dieser Politik können auch die Versuche nicht hinwegtäuschen, die kriegerische Gewalt als Sicherung von Demokratie und Frauenrechten oder als Kampf gegen den Drogenhandel in Afghanistan zu verbrämen.

Die Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden lehnen die deutsche Kriegspolitik und den Unterricht über die Kriegspolitik durch die Bundeswehr ab.

Die deutsche Kriegspolitik hat sich auch in den Kooperationsvereinbarungen zwischen Schulministerium und Bundeswehr niedergeschlagen: »Jugendoffiziere informieren im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik. Dabei werden Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein.«

Der Blick auf die politischen Realitäten in Afghanistan und an anderen Kriegsschauplätzen macht die militärische Gewalthaltigkeit, die kolonialistische Zielstrebigkeit und die nationalistische Überheblichkeit der deutschen Außenpolitik erkennbar.

Die Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden verweigern dieser Politik ihre Zustimmung. Sie werden ihre Schülerinnen und Schüler mit den Grundlagen einer Friedenspolitik, die diesen Namen verdient, vertraut machen (vgl. Virchow 2009).

»Deutschland hat nur das legitime Interesse zu verfolgen, mit Afghanistan angemessene wirtschaftliche und entwicklungspolitische Beziehungen herzustellen, wodurch selbstverständlich nicht seine Beteiligung am Interventionskrieg [in Afghanistan] gerechtfertigt wird. Laut Grundgesetz ist Deutschland verpflichtet, zum Frieden in der Welt beizutragen, aber nicht für imperiale Ziele Krieg zu führen. [...]

Ziele einer zivilen Afghanistan-Strategie: ■ Frieden und Kooperation zu fördern und damit die Sicherheit im Lande zu stärken; ■ darauf zu drängen, dass den Völkern Afghanistans nicht die Möglichkeit zu einer selbst bestimmten Entwicklung und staatlichen Ordnung in Einklang mit ihren historischen Traditionen verstellt wird; ■ einen Ausweg

aus der militärischen Konfrontation zu eröffnen; ■ zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) zu erproben und als vorteilhafte Alternative bekannt zu machen; ■ möglichst viele Nato-Länder auf diesen zivilen Kurs zu bringen; ■ die Selbstständigkeit der EU-Staaten gegenüber der US-Interventionspolitik zu fördern, auch wenn keine Illusion über die Bereitschaft vieler EU-Staaten, sich an militärischer Interventionspolitik weiterhin zu beteiligen, bestehen darf.« (*Kooperation für den Frieden 2009*)

Zwischenbilanz: Der Auftrag der Bundeswehr, Kriege zu führen, zu töten und zu zerstören, macht es in Verbindung mit der deutschen Kriegspolitik in Afghanistan den Schulen unmöglich, die Vorgaben der Kooperationsvereinbarung zwischen Schulministerium und Bundeswehr zu erfüllen.

■ Primat des Pädagogischen statt Militarisierung und Ökonomisierung der Schule

Die Kooperationsvereinbarung Schule – Bundeswehr dient der Infiltration militärischen Denkens und fördert den autoritären Charakter der Schule. Am deutlichsten werden diese Negativziele an der Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von ReferendarInnen sowie von Lehrkräften.

Für Befehls- und Gehorsamsveranstaltungen ist in Schule und LehrerInnen-Bildung kein Platz. Es gilt das Primat des Pädagogischen zu verteidigen gegen ministerielle Bemühungen, die pädagogische Fachkompetenz der Lehrkräfte für die Schul- und Unterrichtsgestaltung zurück zu drängen zugunsten fach fremder Kriterien und außen stehender Personen. Das neoliberale Programm der Okkupation der Schule durch Kräfte von außen, die auf Gewaltmittel nicht verzichten können, war von Anfang an gegen die Friedensbildung gerichtet.

Das Programm einer Friedensbildung steht quer zum Neoliberalismus, der seit über 20 Jahren die Politik bestimmt und den Leistungsbegriff in der Schule korrumpiert hat. Das äußert sich z.B. in den Folgen der Schulzeitverkürzung und von Dauertestverfahren, die die nachhaltige Bildungsentwicklung durch oberflächliche Informationsabfragen ersetzt haben.

Die »Bertelsmannisierung« ist den Schulen schlecht bekommen (*vgl. Nolz 2008*). Sie versucht das Pädagogische in der Schule an den Rand zu drängen. Das äußert sich auch in dem Versuch, der Formel von der Bundeswehr als »ganz normalem Arbeitgeber« zum Durchbruch zu verhelfen. Aber in keinem anderen Arbeitsbereich gibt es die Pflicht zu töten oder daran direkt oder indirekt mitwirken zu müssen. Die Vernichtung von Menschen und Sachen hat eine andere Gewaltqualität als das aggressive Konkurrenzverhalten, das das Handeln der Akteure der Wirtschaft bestimmt. Wegen ihres

zerstörerischen Charakters können beide Verhaltensweisen nicht zu einer pädagogischen Norm in der Schule werden.

Ökonomisierung und Militarisierung sind die beiden neoliberalen Schwestern einer Entpädagogisierung des Bildungsbereiches, der entgegen gewirkt werden soll.

Zunächst wurden allen Schulen Kooperationsvereinbarungen mit der Wirtschaft aufgenötigt. Mit dem Platzen der Spekulationsblasen stehen Banken und Unternehmen blamiert da, weil ihr Wirtschaftswissen im wahrsten Sinne des Wortes für die Schülerinnen und Schüler nichts mehr wert ist. Krampfhaft halten Sparkassen und Banken am »Planspiel Börse« noch solange fest, bis es als »Bad Bank Poker« von der Bildfläche verschwinden kann.

Jetzt wird den Schulen die Kooperation mit der Bundeswehr verordnet. Der Entpädagogisierung der Schule durch Verwirtschaftlichung und Militarisierung setzen die Pädagoginnen und Pädagogen ihren Widerstand entgegen. Es soll erreicht werden, dass die Kooperationsvereinbarung zwischen Schule und Bundeswehr aufgehoben wird und die Bundeswehr sich ganz aus dem schulischen Kontext verabschiedet.

Die Verteidigung des Primats des Pädagogischen bzw. die Wiedergewinnung des Pädagogischen soll den Frieden in der Schule und die Entwicklung von emanzipatorischer Bildung sicher stellen. So gesehen bildet die Verteidigung des Primats des Pädagogischen in der Schule die Grundlage für die Verwirklichung von Schulreformen von unten. Im Sinne Johan Galtungs können sie nur gewaltfrei durchgesetzt werden und können der Sozialen Verteidigung (*www.soziale-verteidigung.de*) eine neue Dimension bei der Arbeit am Frieden in der Schule geben.

Zwischenbilanz: Die Kooperationsvereinbarung Schule – Bundeswehr wird wie ein Angriff auf das Primat des Pädagogischen in der Schule eingestuft. Die Ökonomisierung und die Militarisierung der Schule werden zurück gewiesen. Friedensbildung und Gewaltfreiheit in der Schule ebnen den Weg für Schulreformen von unten.

■ Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben

Friedensbildung zu vermitteln heißt für die Lehrerinnen und Lehrer, sich auf die friedenspädagogischen Kräfte innerhalb und außerhalb der Schule zu besinnen und ihnen Kraft und Bedeutung für die gemeinsamen Bildungsanstrengungen zu geben. Das Ziel ist es, eine sich in allen gesellschaftlichen Bereichen ausbreitende Kultur des Friedens zu verwirklichen (*vgl. Nolz/Popp 1999*).

Bildungs- und Erziehungsaufgaben verlangen nach einem gut aus- und fortgebildeten pädagogi-

schen Fachpersonal, das Schülerinnen und Schülern Friedenswissen und Friedenskompetenzen vermitteln und das Lernen für den Frieden organisieren kann. Deshalb wird noch einmal der Versuch zurück gewiesen, mit Hilfe der Kooperationsvereinbarungen die sowieso schon desolaten Rahmenbedingungen der politischen Bildung an den Schulen dadurch zu verschärfen, dass fachfremdes Bundeswehrpersonal die Schülerinnen und Schüler beim Aufbau politischen Grundwissens, Kultur- und Weltwissens orientieren soll.

Die Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden setzen sich dafür ein, dass Module der Friedensbildung bzw. Friedenserziehung in die Ausbildung und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern aufgenommen werden und entsprechende Studien- bzw. Weiterbildungsgänge zur Friedensbildung (vgl. Esser 2008) an Fachschulen, Hochschulen und Volkshochschulen und an anderen Bildungsstätten eingerichtet werden.

Zwischenbilanz: Mit der flächendeckenden Verbreitung von Modulen zur Friedensbildung in allen Bildungseinrichtungen werden die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen gelegt.

■ Lernmittel zur Friedensbildung

■ Wolfgang Popp: Zur Geschichte der Wehrkunde in den Schulen – ein lehrreicher Rückblick (www.friedenskultur.de) ■ Gesellschaft für Friedenserziehung: SPUN – Schülerplanspiel United Nations (www.spun.de) ■ Berliner Compagnie: Die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch –

ein Theaterstück, das mitreißt (www.berlinercompagnie.de) ■ Bund für Soziale Verteidigung: »Wir arbeiten für den Frieden« – Die Schultour der Friedensfachkräfte (www.soziale-verteidigung.de) ■ Konsortium Ziviler Friedensdienst (Hrsg.): Gewaltfrei für den Frieden. Menschen und Projekte – Eine Reise um den Globus – eine Buchempfehlung für die Schule (www.ziviler-friedensdienst.org) ■ et cetera ppf – Friedenspädagogischer Rundbrief des Forschungs- und Lehrgebiets Friedenserziehung der Universität Siegen und der Initiative Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) (www.friedenskultur.de) ■ Die Friedensbox – Materialien für Frieden und Entwicklung (www.act4transformation.net) ■ Kooperationsvereinbarung Schulministerium NRW – Bundeswehr (www.schulministerium.nrw.de)

Zwischenbilanz: Ausgezeichnete Lernmittel zur Friedensbildung stehen den Schulen zur Verfügung. Noch Bessere sind in Vorbereitung.

■ Zusammenfassung

■ Die Bundeswehr stört den Schulfrieden. Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden wollen mit den Schulministerien Verhandlungen aufnehmen mit dem Ziel, dass die Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr aufgehoben werden.

■ Friedensbildung statt Wehrkunde. Die Wehrkunde, die die Bundeswehr vermitteln soll, kann an den Schulen nicht durchgesetzt werden, wenn Lehrerinnen und Lehrer zur Friedensbildung beitragen. Die Idee, den Frieden mit friedlichen Mitteln zu schaffen, erobert die Herzen der Schülerinnen und Schüler.

■ Friedenspolitik statt Krieg und Kolonialismus. Der Auftrag der Bundeswehr, Kriege zu führen, zu töten und zu zerstören, macht es in Verbindung mit der deutschen Kriegspolitik in Afghanistan den Schulen unmöglich, die Vorgaben der Kooperationsvereinbarung zwischen Schulministerium und Bundeswehr zu erfüllen.

■ Primat des Pädagogischen statt Militarisation und Ökonomisierung der Schule. Die Kooperationsvereinbarung Schule – Bundeswehr wird wie ein Angriff auf das Primat des Pädagogischen in der Schule eingestuft. Die Ökonomisierung und die Militarisation der Schule werden zurückgewiesen. Friedensbildung und Gewaltfreiheit in der Schule ebnet den Weg für Schulreformen von unten.

■ Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben. Mit der flächendeckenden Verbreitung von Modulen zur Friedensbildung in allen Bildungseinrichtungen werden die Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen gelegt.

■ Lernmittel zur Friedensbildung. Ausgezeichnete Lernmittel zur Friedensbildung stehen den Schulen zur Verfügung. Noch Bessere sind in Vorbereitung.

Literatur

M. Arnold: ... immer noch von Gandhi lernen? Ziviler Widerstand, non-violence, Gütekraft, in: Wissenschaft und Frieden 3/2004 ■ J. Calließ/R.E. Lob: Praxis der Umwelt- und Friedenserziehung. Bd. 1: Friedenserziehung. Düsseldorf 1987 ■ J. Esser: »Was hat Afghanistan mit mir zu tun?« - Neue Herausforderungen der Friedenspädagogik, Handout, Lüneburg 2008 ■ A. Fuchs/G. Sommer: Konflikt- und Friedenspsychologie – was sie ist und was sie leistet, in: Friedensforum. Zeitschrift der Friedensbewegung, 1/2010 ■ J. Galtung/C.G. Jacobsen/K. Jacobsen: Neue Wege zum Frieden. Konflikte aus 45 Jahren: Diagnose, Prognose, Therapie; Minden 2003 ■ R. Kerbst/G. Witt (Hrsg.): Bundeswehr und Schule. Militarisation – Jugendoffiziere – Friedenserziehung; Köln 1984 ■ Kooperation für den Frieden (Hrsg.): Dossier IV – Der Afghanistan-Konflikt; Bonn 2009, 2. Aufl. ■ B. Nolz/W. Popp (Hrsg.): Miteinander leben – voneinander lernen. Perspektiven für eine Kultur des Friedens in Europa; Münster 1999 ■ B. Nolz: Frieden mit friedlichen Mitteln, in: Wissenschaft und Frieden 3/2004 ■ B. Nolz: Bildung à la Bertelsmann. Die marktwirtschaftliche Zurichtung des Bildungswesens, in: Soziale Verteidigung Nr. 2+3/2008 ■ M. Schulze von Glaßer: Die Eroberung der Schulen. Wie die Bundeswehr in Bildungsstätten wirbt, IMI-Studie Nr. 02/2010 ■ Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA): Eine Mordtruppe. Zur Auseinandersetzung zwischen dem völkisch-militaristischen Kameradenkreis Gebirgstruppe und der VVN – Bund der Antifaschisten; Berlin 2009 ■ F. Virchow: Jungs Jungs. Sport, Nation und Militär, in: Wissenschaft und Frieden 3/2009

Bernhard Nolz ist Lehrer i.R., Geschäftsführer des Zentrums für Friedenskultur (ZFK; www.friedenskultur.de), Sprecher der Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden, Vorsitzender des Bundes für Soziale Verteidigung und Forum Pazifismus-

Redakteur. Prof. em. Dr. Wolfgang Popp ist Leiter des ZFK und leitet das Forschungs- und Lehrgebiet Friedenserziehung an der Universität Siegen. Dieser Beitrag erscheint in erweiterter Form im März 2010 in »et cetera ppf«.



Klaus Pfisterer

Friedensfachleute in den Unterricht

Zur Auseinandersetzung um die Zusammenarbeit von Schule und Bundeswehr am Beispiel Baden-Württemberg

Nordrhein-Westfalen hat sie seit Oktober 2008, das Saarland seit März 2009 (noch unter der CDU-Alleinregierung abgeschlossen) und nun hat sie seit dem 4. Dezember 2009 auch Baden-Württemberg: eine Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums mit den Jugendoffizieren der Bundeswehr.

Die Initiative zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem baden-württembergischen Kultusministerium und der Bundeswehr ging vom Bundesminister der Verteidigung Jung aus. Dieser schrieb am 16. Juni 2009 einen Brief an Ministerpräsident Oettinger, der ihn an Kultusminister Rau weiterleitete. (Alle drei CDU-Politiker sind mittlerweile nicht mehr in ihren Ämtern).

Die ersten drei Kooperationsvereinbarungen wurden von CDU-geführten Landesregierungen unterzeichnet. Inzwischen hat sich die SPD angeschlossen, denn als vorläufig letztes Bundesland hat Rheinland-Pfalz am 25. Februar 2010 eine solche Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Weitere Bundesländer sollen aber folgen.

Inhalt der Kooperationsvereinbarung

Am 4. Dezember 2009 haben der damalige baden-württembergische Kultusminister Helmut Rau und Generalmajor Gert Wessels, Befehlshaber im Wehrbereich IV, in Anwesenheit von Jugendoffizieren eine Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr unterzeichnet. Damit soll die Kooperation zwischen Schulen und Jugendoffizieren gekräftigt werden. Im Einzelnen wurden folgende Punkte vereinbart: (Der Text ist für alle Bundesländer identisch)

1. Die Jugendoffiziere bieten – wie bisher – ihre Besuche in Schulen an.
2. Neu an der Vereinbarung ist, dass die Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von ReferendarInnen und von Lehrkräften eingebunden werden.

3. Außerdem bietet die Bundeswehr LehrerInnen sowie VertreterInnen der Schulaufsicht ihrerseits Besuche in ihren Einrichtungen und Seminare zur Sicherheitspolitik an.

4. Die Veröffentlichung von Bildungsangeboten in den Medien des Kultusministeriums.

5. Regelmäßige Gespräche der Jugendoffiziere mit den VertreterInnen der Regierungspräsidien.

6. Jeweils zum Schuljahresende erfolgt ein schriftlicher Bericht der Jugendoffiziere an das Kultusministerium.

Festgehalten ist auch: »Jugendoffiziere werben nicht für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr.«

Mit der getroffenen Vereinbarung wird ein weiteres Kapitel in der Zusammenarbeit von Kultusministerium und Bundeswehr aufgeschlagen. Dabei gab es das alles schon einmal. Zur Erinnerung:

Am 19. November 1970 forderte der damalige Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) in einem Brief an die Ministerpräsidenten der Bundesländer: »Es muss beim jungen Menschen Verständnis geweckt werden für die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung als Voraussetzung jeder Entspannungspolitik. ... stehen die Jugendoffiziere der Bundeswehr zur Verfügung, um den Auftrag der Bundeswehr und ihre Rolle im Rahmen der Sicherheitspolitik in den Schulen sachkundig darzustellen.«

Auf der Grundlage des Brandt-Briefes erließ der damalige CDU-Kultusminister von Baden-Württemberg Wilhelm Hahn am 18. August 1971 die Anordnung »der Berücksichtigung der Landesverteidigung im Unterricht«. Den Kerninhalt formulierte das Kultusministerium so: »... ist es wichtig, die Schüler über die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung zu informieren und die Aufgaben, die der Bundeswehr hierbei zukommen, sachlich und ohne Werbung aufzuzeigen. Die Aufgaben der Bundeswehr sind so verständlich zu machen, dass sie von den Schülern als notwendig anerkannt werden können.«